

Omnibus für Direkte Demokratie  
Berliner Volksinitiative Schule in Freiheit  
Haus der Demokratie  
Greifswalder Straße 4  
10405 Berlin

Berlin, 06.07.2016

## Ihre Anfrage: Wahlprüfsteine

Sehr geehrter Herr Wilhelmi,

gern beantworten wir Ihnen Ihre Wahlprüfsteine im Vorfeld der Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus am 18. September 2016.

- 1.) Teilen Sie die Ansicht, dass unser Schulwesen weiterentwickelt werden sollte, damit sich Fähigkeiten wie Mündigkeit, Kreativität und Verantwortungsbereitschaft bei unseren Schülerinnen und Schülern besser entwickeln können?**

**Ja**

In einer Welt, die vielfach durch Konkurrenz und wachsende Ungerechtigkeit bestimmt wird, nehmen die Erziehung zu Toleranz, Demokratieerziehung und politische Bildung einen besonderen Stellenwert ein. Alle Bildungseinrichtungen Berlin wollen wir so ausstatten, dass alle Kinder und Jugendlichen umfassend auf die Anforderungen der Zukunft vorbereitet werden und sich zu verantwortungsvollen Persönlichkeiten entwickeln können.

- 2.) Sind Sie dafür, dass staatliche Schulen in Bezug auf ihre Organisation mehr Entscheidungsbefugnisse bekommen, z.B. im Bereich Personal, Budget oder Gebäudeverwaltung?**

**Ja**

- 3.) Der Umfang der organisatorischen Verwaltungsaufgaben hat in den Schulen bereits in den letzten Jahrzehnten zugenommen. Schulleiter\*innen sind mit diesen Aufgaben oft jetzt schon an ihren Kapazitätsgrenzen. Sind Sie dafür, dass schon heute aufgrund der Vielzahl von Verwaltungs- und Gestaltungsaufgaben an jeder Schule neben dem**

**schulischen auch ein kaufmännischer Leiter tätig sein sollte?**

**Ja**

*Antwort auf die Frage 2 und 3:*

Die Schule der Zukunft ist eine eigenverantwortliche Schule: Wir stärken diesen Weg weiter durch den Aufbau dezentraler Budgets wie aktuell etwa durch den Verfügungsfonds für alle oder dezentrale Schulbudgets für die sogenannten „Bonus-Schulen“ (Brennpunktschulen). Darüber hinaus haben wir in der laufenden Wahlperiode die Voraussetzungen für die Schaffung von Verwaltungsleiterstellen geschaffen und bereits 56 Stellen besetzt.

- 4.) **Schulen in freier Trägerschaft erhalten in Berlin nur etwa zwei Drittel der öffentlichen Finanzierung, die vergleichbare Schulen in staatlicher Trägerschaft pro Schüler bekommen. Deswegen müssen sie Schulgeld erheben. Sind Sie dafür, dass Schulen in freier Trägerschaft in gleicher Höhe wie staatliche Schulen finanziert werden, damit sie kein Schulgeld mehr erheben und für alle öffentlich zugänglich sind.**

**Nein**

Über die Finanzierung der Schulen in freier Trägerschaft ist in den vergangenen Jahren immer wieder – zum Teil sehr emotional – gestritten worden. Wir sehen keinen Grund, an den bewährten Finanzierungskonzepten Veränderungen vorzunehmen. Schulen in freier Trägerschaft kommen ihrer Verpflichtung, keine Schülerin und keine Schüler aus wirtschaftlichen Gründen abzuweisen, ebenso nach.

- 5.) **In den ersten 3-5 Jahren nach Schulgründung erhalten Schulen in freier Trägerschaft in Berlin überhaupt keine öffentliche Finanzierung. Diese sog. Wartefrist ist im Vergleich mit anderen Bundesländern sehr lang. Sind Sie dafür, dass bei Neugründungen von Schulen in freier Trägerschaft die öffentliche Finanzierung früher beginnt als bisher?**

**Nein**

Die Wartefrist hat sich bewährt. Wir sehen momentan keinen Grund für eine Verkürzung.

- 6.) **In den letzten Jahrzehnten wurden neue alternative Prüfungsmodelle entwickelt, welche die individuellen Fähigkeiten unserer Schülerinnen und Schüler möglicherweise deutlich besser anregen und abbilden als die bisher üblichen Schulabschlüsse. Sind Sie dafür, dass Schulen die Möglichkeit bekommen, frei über ihre Abschlüsse und Prüfungsformen zu entscheiden?**

**Ja**

Um die Wettbewerbsfähigkeit Berliner Schülerinnen und Schüler in Deutschland im Rahmen der Leitlinien und Vorgaben der KMK zu gewährleisten, lassen sich Schulabschlüsse und Prüfungsmodelle derzeit nur im Rahmen von Modellversuchen und kumulativ zu Abschlüssen wie dem MSA oder dem Abitur ableisten. Grundsätzlich steht die SPD modernen und alternativen Formen positiv gegenüber.

Solange gewährleistet ist, dass Abschlüsse bundesweit anerkannt werden, sind viele verschiedene Modelle denkbar.

**7.) Das Schulwesen entwickelt sich zurzeit häufig nicht auf Grundlage praktischen Erfahrungen vor Ort, sondern gesteuert durch politische Vorgaben.**

**Können Sie sich vorstellen, dass unsere Schulen innovativer wären, wenn die staatlichen Behörden sich auf die Rechtsaufsicht beschränken und die inhaltlichen und methodischen Fragen (Pädagogik) durch die Schulen selbst gestaltet werden?**

**Nein**

Ein wesentlicher Teil der inhaltlichen und methodischen Fragen wird von staatlicher Seite gar nicht mehr gestaltet. Lediglich Schulorganisation und Rahmenlehrpläne werden vorgegeben. In diesem Rahmen steht es den Schulen frei, ihre Inhalte und Methoden selbst festzulegen. Eine darüber hinaus gehende Einschränkung staatlicher Eingriffsmöglichkeiten, wie etwa die Beschränkung auf die Rechtsaufsicht, lehnen wir ab.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Dennis Buchner', with a checkmark at the end.

Dennis Buchner  
Landesgeschäftsführer